

Wir kommen jetzt zum **Tagesordnungspunkt 2 a**:

Freiwilligkeit reicht nicht mehr - die Quote muss jetzt her - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/3334

Dazu erteile ich der Kollegin Groskurt von der SPD-Fraktion das Wort.

Ulla Groskurt (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Nicht alles kaputt machen da vorne!)

- Das habe ich jetzt heile gemacht! So ist das bei den Frauen: Sie machen erst einmal alles heile, wenn sie irgendwo hinkommen.

(Beifall - Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Aber jetzt Schluss mit freundlichen Appellen, sagt die SPD und sagt - oh Wunder! - auch Frau Dr. von der Leyen. Sie droht den deutschen Unternehmen wegen des geringen Anteils von Frauen in Toppositionen und angesichts der nur mit der Lupe erkennbaren Fortschritte der vergangenen Jahre mit einer gesetzlichen Frauenquote.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist doch keine Drohung!)

Die CDU-Dame hat zum Sturm im Deutschen Medienblätterwald geblasen. Die Kolleginnen Schröder und Merkel haben Blitz und Donner herbeigebetet. Und übrig geblieben ist leider nur ein laues Lüftchen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Dass Frau von der Leyen im Streit um die Quote so schnell eingelenkt hat - nur drei Tage hat sie durchgehalten -, hat mich schwer enttäuscht. So kennt man sie aus Niedersachsen gar nicht. Hier ist sie keinem Streit aus dem Weg gegangen. Hat Berlin sie kraftlos gemacht? - Der Streit in der Union verhilft dem Thema Frauenquote zwar zu sehr viel Aufmerksamkeit. Wir brauchen aber keine Debatte mehr. Wir brauchen endlich eine Entscheidung.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Die Argumente sind gedreht und gewendet. Die Zahlen stagnieren. In den deutschen Topunternehmen haben mehr als 90 % der 100 größten Unternehmen keine einzige Frau im Vorstand. Und doch geht ein Schock der Empörung und der Angst durch dieses Land, wenn eine Arbeitsministerin, ein Wirtschaftsboss oder eine EU-Kommissarin vorzuschlagen wagt, das in Ordnung zu bringen, was nicht von allein in Ordnung kommen will.

Vor zehn Jahren beschloss die deutsche Wirtschaft, um ein von der damaligen Frauen- und Familienministerin Christine Bergmann geplantes Gleichstellungsgesetz zu verhindern, eine Vereinbarung, allerdings auf freiwilliger Basis. Die Chancen von Frauen sollten nachhaltig verbessert werden.

Die Justizministerkonferenz hat im Herbst 2010 festgestellt: Die Selbstverpflichtung der Wirtschaft zur Frauenförderung ist in den vergangenen zehn Jahren ersichtlich wirkungslos geblieben. Im EU-Vergleich schneidet Deutschland schlecht ab. Das können wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Angesichts eines Frauenanteils von über 50 % bei den Hochschulabschlüssen müssen beide Geschlechter auch in den Führungsetagen der Wirtschaft in etwa gleich stark vertreten sein. Zehn weitere solcher Jahre kann sich Deutschland wirtschaftlich nicht leisten.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Der Rückblick auf die letzten zehn Jahre zeigt: Frauen brauchen Ausdauer. Da hat die Natur es schon gut eingerichtet, dass Frauen länger leben als Männer.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wichtig ist, dass sich die Diskussion an den Tatsachen orientiert. Frankreich hat uns am 13. Januar 2011 vorbildlich gezeigt, wie man dahin kommt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, nun habe ich einige Beispiele aufgezählt und Statements von maßgeblichen Personen und Institutionen genannt. Aber die Regierungsfaktionen unseres Landtags waren nicht dabei. Sie waren mucksmäuschenstill, abgesehen von der klitzekleinen überflüssigen Pressemitteilung der CDU-Fraktion, die erklärte, angesichts der demografischen Entwicklung kann

es sich die Wirtschaft nicht länger leisten, Frauen derart von Führungspositionen fernzuhalten.

(Johanne Modder [SPD]: Ach! Das ist ja neu!)

Habe ich das richtig verstanden? - Frauen sollen in Führungspositionen kommen, weil es nicht mehr genug fachlich qualifizierte Männer gibt,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

und nicht etwa, weil Frauen unerschöpfliche Potenziale haben? - Qualität durch Quote ist die Lösung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU.

(Beifall bei der SPD - Johanne Modder [SPD]: Genau!)

Schwarz-Gelb ist einfach ein Zukunftsrisiko.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, unverbindliche Absichtserklärungen reichen nicht mehr aus. Hören Sie doch einmal auf Frau Dr. von der Leyen, die sagt: Man muss erst richtig Feuer in der Hütte machen. Erst wenn jeder Dritte eine Dritte ist, ändert sich die männlich dominierte Unternehmenskultur. Dann können Frauen ihre Stärken entfalten. - Dass ich als SPD-Frau sagen muss, dass sie recht hat, ist zwar für mich eine Qual, aber für eine gesetzliche Frauenquote in Chefetagen will ich mich gerne quälen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, die SPD hat eine klare Position. Die SPD kämpft für die Quote, die SPD dringt auf eine gesetzliche Festschreibung von 40 %. Das wird die SPD an ihr klares Ziel bringen, im Jahr 2013 die Landesregierung und die Bundesregierung zu stellen. Deutschland kann nicht auf eine Frauenquote in Leitungspositionen verzichten. Die SPD weiß das. Wer auf Frauen verzichtet, verzichtet auf Gewinn.

Danke schön.

(Starker Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich jetzt der Kollegin Twesten das Wort.

Elke Twesten (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mehr Frauen an die Spitze - Quote statt Trippelschritte. Kein anderes Thema hat in den letzten Monaten derart Fahrt aufgenommen. Immer mehr Organisationen fordern die Quote, immer mehr Fachleute aus der Wirtschaft, Männer und Frauen, wollen sie, und, wie derzeit so oft, haben wir sie bereits vor ziemlich genau einem Jahr im Niedersächsischen Landtag auf die Agenda gesetzt und die Einführung einer verbindlichen Quote für mehr Frauen in Führungs- und Aufsichtsratspositionen gefordert.

Wiederum können wir heute feststellen, dass sich auf mehr oder weniger freundlich gemeinte Appelle hin - heißen sie nun „freiwillig“ oder neuerdings „flexibel“ - nichts verändert. Vielmehr muss das Ziel mit ganz praktischen Mitteln eingefordert werden.

Grüne Frauenpolitik hat mit Blick auf die aktuelle Berichterstattung richtungweisende Schritte gesetzt, sie ist Impulsgeberin für eine Ministerin, die zwar aus Niedersachsen stammt, in dieser Hinsicht jedoch etwas länger brauchte als wir, um aus ihrem Dornröschenschlaf zu erwachen und zu wirklich richtungweisenden Erkenntnissen in der Frauenförderung zu gelangen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Johanne Modder [SPD])

Nur eine verbindliche Frauenquote ist die richtige Konsequenz aus dem Scheitern der freiwilligen Zusagen der Wirtschaft. Der Frauenanteil in Toppositionen ist immer noch verschwindend gering. Prüfaufträge reichen nicht aus. Nur klare gesetzliche Vorgaben können etwas ändern. Das beweisen internationale Erfahrungen.

Wir fordern die Bundesjustizministerin auf, dem Bundestag eine ambitionierte gesetzliche Frauenquote vorzuschlagen. Vorher allerdings täte sie gut daran, den eigenen Laden aufzuräumen. Was wir in den letzten Wochen an offensichtlichen Widersprüchen aus dem konservativen Lager vernehmen mussten - allen voran von Mädchen-Ministerin Schröder -, macht einmal mehr deutlich, dass CDU und FDP den Ernst der Lage wohl noch immer nicht begriffen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Rein demografisch gesehen, stehen wir vor einem Führungskräfte-mangel, der sich gewaschen hat. Man muss die Weisheit nicht für sich gepachtet